

REPUBLIK ÖSTERREICH
DATENSCHUTZRAT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1

Tel. (0 22 2) ~~50 15 25 29; 29 28~~ 53 115/0

Fernschreib-Nr. 1370-900

Dr. SINGER Kl. 2768

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anzuführen.

GZ 815.895/1-DSR/89

Finanzstrafgesetz

Stellungnahme des Datenschutzrates

An das
Präsidium des NationalratesParlament
1010 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	26 GE 9 89
Datum:	12. JUNI 1989
Verteilt:	16. Juni 1989

L. Pöschner

In der Anlage werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme des Datenschutzrates zum Entwurf eines Finanzstrafgesetzes übermittelt. Da auf Grund der besonderen Dringlichkeit dieses Entwurfes eine fristgerechte Stellungnahme des Datenschutzrates dem Bundesministerium für Finanzen nicht mehr übermittelt werden konnte, wird ersucht, diese Stellungnahme dem mit der Vorberatung des Entwurfs befaßten parlamentarischen Ausschuß zur Kenntnis zu bringen.

Anlagen

8. Juni 1989
Für den Datenschutzrat
Der Vorsitzende:
i.A. DOHR

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Reisinger



REPUBLIK ÖSTERREICH
D A T E N S C H U T Z R A T

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1

Tel. (0 22 2) ~~88 15 25 25, 25 28~~ 53 115/0

Fernschreib-Nr. 1370-900

Dr. SINGER, Kl. 2768

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anzuführen.

GZ 815.895/1-DSR/89

Finanzstrafgesetz

Stellungnahme des Datenschutzrates

An das
Bundesministerium für Finanzen

Himmelpfortgasse 2 - 8
1015 W i e n

Der Datenschutzrat hat in seiner 63. Sitzung am 24. Mai 1989 zu dem mit do. GZ FS-110/3-III/9/89 vom 15. März 1989 übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem das Finanzstrafgesetz geändert wird, beschlossen, folgende Stellungnahme abzugeben:

Zu § 194b Abs. 1:

Nach der ständigen Rechtsauffassung des Datenschutzrates sind ausdrücklich gesetzliche Ermächtigungen im Sinn des § 6 des Datenschutzgesetzes, BGBl.Nr. 565/1978 idF. BGBl.Nr. 370/1986 so auszugestalten, daß im Gesetz selbst Aussagen über die zu verarbeitenden Datenarten und Aussagen über die Betroffenenkreise enthalten sind. Es wird daher vorgeschlagen, die in das Finanzstrafregister aufzunehmenden Datenarten im Gesetz selbst zu definieren.

Zu § 149c Abs. 2:

Die zweijährige Frist für die Löschung der erfaßten Daten ist zu lang. Der Datenschutzrat regt daher an, in jedem Fall eine unverzügliche Löschung vorzunehmen.

- 2 -

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden in einem dem Präsidium des Nationalrates mit der Bitte übermittelt, diese Stellungnahme an den zuständigen Ausschuß des Parlaments weiterzuleiten.

8. Juni 1989
Für den Datenschutzrat
Der Vorsitzende:
i.A. DOHR

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Mitschinger